

Verkohlt, geschrödert, ausgemerkelt

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

erinnern wir uns: Helmut Kohl bestimmte 1993 als Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Es war eine konservativ-liberale Koalition, die unter Gesundheitsminister Horst Seehofer in einer heimlichen großen Koalition mit dem sozialdemokratischen Gesundheitspolitiker Dressler für uns Zahnärzte dramatische Entscheidungen fällte. Die Budgetierung wurde damals eingeführt. Die Beitragsstabilität als oberstes Prinzip ist ebenfalls ein Produkt dieser Zeit. Die Einschränkung der Berufsfreiheit mit der 68-Jahre-Begrenzung, die Degression – alles Beschlüsse der Regierung Kohl. Angekündigt als kurzfristige Maßnahmen zur Rettung der gesetzlichen Krankenversicherung vor dem finanziellen Ruin, wirken die damaligen Entscheidungen bis heute unvermindert fort. Zum Ende der Regierungszeit des Kanzlers Helmut Kohl schien Licht am Ende des Tunnels für uns Zahnärzte.

Leider schmolz unsere Hoffnung schnell dahin. Der Regierungswechsel 1998 brachte uns eine rot-grüne Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder und dem Grünen Joschka Fischer. Eine namensgleiche Gesundheitsministerin schaffte die zarten standespolitischen Pflänzchen der Zahnärzte wieder gnadenlos ab. Kanzler Gerhard Schröder läutete dann mit seiner Agenda 2010 eine neue Phase in der Geschichte bundesdeutscher Gesellschaftspolitik ein. Sein Ziel war, die Leistungen des Staates zu kürzen, Eigenverantwortung zu fördern und mehr Eigenleistung von den einzelnen Bürgern zu fordern. Hartz IV und Riester sind die Chiffren für die umgestaltete Arbeitslosenversicherung und die teilprivatisierte Alterssicherung. Unsere jetzige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt trat auf die politische Bühne, brachte aber keine neuen Rezepte, sondern verfeinerte die alten Instrumente immer weiter. Der Sozialstaat nach Schröder, Hartz, Riester und Ulla Schmidt ist zu präsent lebendig, aber auch interventionistisch wie eh und je. Er hat nur seine Gestalt und die Formen seines Eingriffs verändert – und dies durchaus auf Kosten und zulasten der Selbstbestimmungsfähigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger. Der reformierte Sozialstaat ist nicht neoliberal, wie gerne von der Linken behauptet, sondern „neozozial“. Kanzler Schröder verlor bekanntlich seine Mehrheit.



Dr. Martin Reißig
Stv. Vorsitzender
des Vorstandes der KZVB

Eine Frau, die erste Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschlands, folgte mit der Bildung einer großen Koalition. Große Koalition bedeutet eigentlich eine schwache Opposition. Sie hat die Möglichkeit, auch unangenehme Reformen durchzusetzen, die den Bürgerinnen und Bürgern weh tun, aber unbedingt notwendig sind. Das Gegenteil trat leider ein. Kanzlerin Angela Merkel, ein Ziehhkind von Helmut Kohl, schaffte es nicht, die Chancen der großen Koalition für eine Reform der Sozialversicherungssysteme zu nutzen. Das Ergebnis sind die unbefriedigenden Reformgesetze des Jahres 2007, die uns zur Zeit intensiv beschäftigen. Der größte Fehler Merkels war die Positionierung zum Gesundheitsfonds. Sie machte ihn zur Chefsache. Alle wohlgemeinten Ratschläge muss sie nun ablehnen, weil sie ja sonst ihr Gesicht verliert. Erinnern wir uns an die erfrischenden Worte ihrer Regierungserklärung vor drei Jahren. Ein Jahr vor den nächsten Bundestagswahlen ist alles verblasst. Die alten wohlbekannteren Rituale bestimmen die Tagespolitik. Früher lenkte man durch Kriege mit den Nachbarn von innenpolitischen Schwächen ab. Heute mischt man sich halbherzig in die globale Politik ein, um ähnlich wie in der Vergangenheit von seinen Problemen im Inneren abzulenken. Die Bürger erkennen zunehmend diese politischen Ränkespiele und werden bei den nächsten Bundestagswahlen reagieren. Der momentan ablaufende Präsidentschaftswahlkampf in den USA ist für uns Europäer nur schwer zu verstehen. Obamas Slogan „Yes We Can“ klingt aber wirklich gut.

Ihr Martin Reißig